

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Kriegsamt-Adresse  
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Verantwortlicher  
Hr. Dr.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

N: 261.

Freitag, 8. November 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kais. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Dreiecksführer frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Kannake für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winiarski in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasernenstraße 50. — Für die Redaction verantwortlich: Hermann Schmitt in Riesa.

Auf Fol. 222 des Handelsregisters für den Bezirk des unterzeichneten Amtsgerichts ist heute verlautbart worden, daß die Firma

Theodor Schäfer & Co.  
in Riesa

ausgelöst ist.

Riesa, am 7. November 1895.

Königliches Amtsgericht.  
Feldner.

Brehm.

## Kirchenvorstandswahl in Gröba.

Ende dieses Jahres scheiden aus dem Kirchenvorstande aus die Herren Otto, Gansch und Densel in Gröba, Jaglich in Sobersen, Thomas in Pochra. Es sind demnach für Gröba 3, für Sobersen und Pochra je 1 Kirchenvorsteher zu wählen. Wählbar sind alle stimmberechtigten Gemeindeglieder, die das 30. Jahr vollendet

haben. Die Wähler haben ihr Augenmerk auf Männer von gutem Rufe, bewährtem christlichen Sinne, kirchlicher Einsicht und Erfahrung zu richten.

Stimmberechtigt sind alle selbständigen Hausväter, welche das 25. Lebensjahr erfüllt haben und nicht durch Verachtung des Wortes Gottes oder unehrenbaren Lebenswandel öffentliches Mergerniß gegeben haben.

Zur Wahl zugelassen kann nur werden, wer in einer der bei den Herren Gemeindevorständen von Gröba, Sobersen und Pochra für die einzelnen Gemeinden oder in der bei dem Pfarramte für die ganze Kirchfahrt ausliegenden Wahllisten sich hat rechtzeitig eingetragen lassen.

Diese Listen liegen vom 10. bis 24. November d. J. bei den Gemeindeämtern und bei dem Pfarramte bis Abends 6 Uhr aus.

Die Wahl selbst findet am ersten Advent, d. 1. Dezember d. J. nach dem Gottesdienste bis Mittag 12 Uhr durch persönliche Abgabe der Stimmzettel in der Sacristei statt.

Gröba, den 6. November 1895.

Der Kirchenvorstand.  
P. Werner.

## Tagesgeschichte.

Der Bund der Landwirthe theilt in seiner Korrespondenz die Ergebnisse der Umfrage mit, die er in letzter Zeit über das Verhältnis der Brotpreise zu den örtlichen Getreidepreisen veranstaltet hat. Von den ausgesandten Bülletten sind 354 eingegangen, welche für 438 Städte und 170 Dörfer brauchbare Angaben geliefert haben. Der Unterschied zwischen dem Getreidepreise und dem Brotpreise schwankt in den Städten zwischen 6,44 und 9,51 Mark; in den Dörfern zwischen 5 und 10,50 Mark. Die „D. L. Ztg.“ bemerkt dazu: Man sollte meinen, daß der höhere Gewinn besonders in den an sich theueren Industrie- und Gewerbeorten zu sein hätte. Das ist aber nicht der Fall. Der Unterschied zwischen Getreide- und Brotpreisen ist am höchsten in den Städten der Provinzen Hannover, Hessen, Ostpreußen, Posen und in den Dörfern von Ostpreußen, Westpreußen und Posen; am niedrigsten aber in den Städten der Provinz Schlesien, des Königreichs Sachsen, des Großherzogthums Posen, der Provinzen Schlesien und Sachsen, und in den Dörfern der Rheinprovinz, der Provinz Sachsen, des Königreichs Sachsen und der Provinz Hannover. Demnach ist gerade in den Industrie- und Gewerbeorten (Sachsen, Rheinprovinz u. s. w.) der Unterschied zwischen Brot- und Getreidepreisen am geringsten, obwohl hier die Speise der Arbeiter, Soldaten und des Handels am höchsten zu sein scheint.

In den Mittheilungen des Bundes sind genauere Berechnungen darüber angeführt, wie sich die Brotpreise unter normalen Verhältnissen im Anschluß an die Getreidepreise stellen müßten; daß Ergebnis wird dann in folgenden Bemerkungen zusammengefaßt:

Es ist hier nicht der Ort, die Höhe der Unternehmensgewinne der bürgerlichen Räder im besonderen näher zu verfolgen und zahlenmäßig zu belegen. Soviel kann jedoch jeder unbefangene Leser, der die Verhältnisse praktischen Lebens einigermaßen kennt, aus den Tabellen erkennen, daß die Landwirthe unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht den genügenden Antheil von den durch die Konsumenten an die Bäcker gezahlten Brotpreisen erhalten, sondern daß der unrichtigste Hauptgewinn dem übermäßig verzögerten Zwischenhandel zufällt. Auch aus dieser Umfrage geht daher hervor, daß die Landwirthe, welche heute für mittlere Getreidepreise, die ihre Produktionskosten decken, kämpfen, nicht neue Vortheile auf Kosten anderer Bevölkerungsklassen verfolgen, sondern nur für diejenigen Antheile an den Brotpreisen streiten, die ihnen durch den übergroßen Handel u. s. w. entgehen sind. Wir gelangen endlich zu dem Ergebnis, daß der heutige Brotpreis der in dem Antrag Rantz formulirte Roggenpreis von 165 Mark entsprechen würde, wenn wir normale Gewinne der Bäcker und Müller voraussetzen und die überflüssigen Zwischengewinne des Handels u. s. w. beseitigt werden. Der Einwand daher, daß der Antrag Rantz praktisch durchzuführen, das Brot der Konsumenten übermäßig zu verteuern würde, ist hinsichtlich und entspricht nicht den normalen Verhältnissen des wirtschaftlichen Lebens.

Deutsches Reich. Prinz Heinrich wird, wie verlautet, die geplante Reise nach Italien bis zum Frühjahr verschieben und sich wahrscheinlich erst im April an die ligurische Küste begeben, wozu für diese Zeit auch seine im Bau begriffene Segelschiff bestellt worden ist.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: In den umlaufenden Zeitungsnachrichten über den Stand der Beratungen bezüglich einer neuen Militärstrafprozessordnung dringt der „Hannoversche Courier“ aus Berlin von „ununterrichteter und zuverlässiger“ Seite Mittheilungen, die eine derartige Unkenntnis des Sachverhaltes verrathen, daß die Quelle derselben als eine „unzuverlässige und nicht unterrichtete“ bezeichnet werden muß; die Angabe, der Kriegsminister habe — wie bekannt — im Reichstage eine Vorlage im Sinne der Öffentlichkeit des Militärstrafprozesses in Aussicht gestellt, ist absolut falsch. Der Kriegsminister hat sich im

Reichstage mit keiner Silbe über die Frage der Oeffentlichkeit geäußert. Von einer Frage über Abänderung des Militärstrafgesetzbuches ist überhaupt nicht die Rede gewesen. Die Verhandlungen wegen Verlegung der Wehrpflicht im Staatsministerium im Beisein des Kriegsministers stitzig sind und sind im Wesentlichen abgeschlossen. Was über den Verlauf derselben von „ununterrichteter und zuverlässiger Seite“ im „Hannoverschen Courier“ erzählt wird, ist inhaltlich unrichtig, wie auch die Angabe über die an Auerhöchster Stelle bereits getroffene prinzipielle Entscheidung.

Die neueste amtliche Kriminalstatistik des Deutschen Reiches ergiebt die an sich nicht überraschende Thatfache, daß die Zahl der Verurtheilten wegen Verlegung der Wehrpflicht in Elsaß-Lothringen und Schleswig-Holstein außerordentlich hoch ist. Das Vorhandensein zahlreicher der Gesinnung und theilweise auch der Abstammung nach zu Frankreich und Dänemark neigender Elemente, sowie die durch die Nähe der Grenze gegebene Gelegenheit, sich leicht der Wehrpflicht zu entziehen, erklären dies zur Genuge. Dennoch sind die neuerdings festgestellten Zahlen verhältnismäßig auffallend hoch. Während die Durchschnittsziffer in Preußen 6, im Deutschen Reich nur 5,6 auf 10 000 strafmündige Personen der Civilbevölkerung beträgt, kommen in Schleswig-Holstein im Durchschnitt 10,3 Verurtheilte wegen Verlegung der Wehrpflicht, in Elsaß-Lothringen gar 18,1. Das hierbei künstliche Agitationen von außen her eine Rolle spielen, zeigen die einschlägigen Zahlen Schleswig-Holsteins für das letzte Jahrzehnt ganz deutlich. Im Jahre 1886, als die dänische Heer- und Küstenarbeit in Nordschleswig merklich nachgelassen hatte, sind in Schleswig-Holstein wegen Verlegung der Wehrpflicht 889 Personen, im Jahre 1892 sogar nur 607 verurtheilt worden. Damals legte die dänische Agitation anlässlich des Verbotens von Vorstellungen Kopenhagener Schauspielers in Faderleben mit verführerischer Macht und Leidenschaftlichkeit ein und die Wirkung auf die uns beschäftigende Frage trat sofort deutlich in die Erscheinung; das Jahr 1893 hat bereits 1775 Verurtheilungen der bezüglichen Art gebracht, das Jahr 1894 gar 2280. Kehricht würde sich auch in Elsaß-Lothringen, etwa vom Zeitpunkte der Aufhebung des Preiszwanges an, ein Zusammenhang zwischen französischen Agitationen und Verlegungen der Wehrpflicht nachweisen lassen. Erst wenn diesen Aufregungen von außen her nach Möglichkeit ein Ende gemacht werden könnte, wäre zu erwarten, daß die betreffenden Zahlen in Schleswig-Holstein und Elsaß-Lothringen der deutschen Durchschnittsziffer sich nähern würden.

In eine neue Spionage-Angelegenheit in Krakau soll ein in Leipzig wohnender deutscher Staatsangehöriger mit verwickelt sein. Derselbe ist, wie weiter berichtet wird, ein Verwandter des Feuerwerkers Schneidler, der bekanntlich militärische Papiere an Rußland ausliefern wollte. Bis jetzt sind in dieser Spionage-Angelegenheit im Ganzen bereits achtzehn Personen verhaftet.

Zu dem in der freisinnigen Presse wieder aufgetauchten Gerächte, die Konservativen wollten die Stelle des ersten Reichstagspräsidenten wieder mit einem Abgeordneten aus ihren Reihen besetzen, erklärt die „Deutsche Tageszeitung“: Wir wissen nicht, inwieweit die Konservativen schon wirklich Schritte gethan haben, um das angedeutete Ziel zu erreichen; wir haben aber allen Grund, das zu bezweifeln. Wie wir

zu der Frage stehen, haben wir bereits im Frühjahr ausgesprochen. Es will uns nach wie vor als durchaus richtig erscheinen, daß das Präsidium des Reichstags die Zusammenlegung und Eigenart dieses Reichstags kennzeichnet. Das würde nicht der Fall sein, wenn ein konservativer Mann sich dazu bereit fände, einem solchen Reichstage zu präsidiren.

Oesterreich. Die Kunde, daß Kaiser Franz Josef die Wahl Dr. Luegers zum Bürgermeister von Wien nicht befristigte, wirkte in Wien, wo sie am Mittwoch durch Sonderblätter verbreitet wurde, selbstredend allgemein außerordentlich verblüffend, da man schon mit aller Bestimmtheit auf die Befähigung gerechnet hatte. Es ist Thatfache, daß der Statthalter Graf Kielmansegg den Wahllisten, wenn auch nicht warm befürwortend, so doch keineswegs ablehnend dem Kaiser unterbreitete. Der Umschwung soll auf die Anwesenheit des ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy anlässlich der Beerdigung des neuen ungarischen Ackerbauministers und auf das Eingreifen des Feldzeugmeisters Beck zurückzuführen sein. Die Stimmung in den antisemitischen Kreisen ist keineswegs gedrukt. Dr. Luegers Wiederwahl ist bereits beschlossene Thatfache. Aus antisemitischen Kreisen hörte man Drohungen mit Obstruktion und mit einer antimagyarischen Agitation, die alle bisherigen Leistungen auf diesem Gebiete in Schatten stellen soll. Bis zur neuerlichen Wiederwahl Dr. Luegers wollen sich die Antisemiten aber ruhig verhalten. Im Parlamente wurde die Kunde Nachmittags bekannt und erregte begrifflicher Weise ungeheures Aufsehen. Als Dr. Lueger Nachmittags im Parlamente erschien, sagte er sichtlich erregt im Freundeskreise: „Gratulirt mir! Ich bin nun ein freier Mann! Jetzt geht ein frischer frühlicher Krieg an! Jetzt wird man mich kennen lernen!“ — Das Wiener „Freundenblatt“, das Organ des Grafen Badi, schreibt: Agitator oder Autorität, aber Agitator und Autorität ist eine Kombination, welche nur wenig Vertrauen einflößen kann. Lueger habe von einem Siege der Christen über die Feinde gesprochen. In einer Gemeinde dürfe es aber keine Feinde geben, sondern nur gleichberechtigte Bürger, wenn sie auch durch verschiedenartige Anschauungen getheilt sind. Gleichzeitig wird angekündigt, daß jeder andere geeignete antisemitische Gemeinderath die Befähigung erhalten werde. Dr. Lueger sei durch zu scharfes Parteiauftreten unmöglich.

Türkei. Der „Standard“ meldet unterm 5. d. M.: Es verlautet, man stände am Vorabende eines entschiedenen europäischen Vorgehens. Am letzten Freitag sollte eine große moslemische Kundgebung stattfinden, aber der Sultan, der die Folgen fürchtete, ließ die türkischen Zeitungen von seiner Absicht verständigen, eine Verfassung zu verhängen. Als dies bekannt wurde, wurde die Kundgebung abbestellt. Später wurde jedoch von der Verfassungsverhängung Abstand genommen und zur Bornahme von Verhaftungen geschritten. Gestern Abend machte die Polizei eine Razzia im türkischen Viertel Tezil Pascha. Es wurde ihr Widerstand geleistet; viele Menschen verloren ihr Leben. Heute wurden wieder in der ganzen Stadt, selbst an der Pforte, revolutionäre Plakate angeschlagen. Auf dem Tische des Sultans wurde angeblich ein Brief vorgelesen, der ihm ausliebt, binnen zehn Tagen abzutreten, widrigenfalls er ermordet werden würde. Auf den Vorfällen laufen aus allen Richtungen Meldungen über Massenmorde ein. Die Opfer umfassen jetzt noch Griechen und Maroniten. Es greift die Meinung